

Geschäftsführer erneut abgelehnt

Lommatzsch

Der Kinderverein erhält auch künftig keine hauptamtliche Stelle. Das beschloss jetzt der Stadtrat zum zweiten Male.

Der Vorsitzende des Kindervereins Lommatzsch Kay Stollberg wird nicht hauptamtlicher Geschäftsführer des Vereins. Dies beschloss jetzt der Stadtrat bereits zum zweiten Male. Schon im Dezember vorigen Jahres war eine hauptamtliche Stelle für den Verein, der die Kindereinrichtungen in Lommatzsch als freier Träger betreibt, abgelehnt worden.

Stollberg hatte sich selbst als Geschäftsführer vorgesehen. Das geht aus einem Schreiben des Vereins an die Stadt hervor. Auf eine entsprechende Frage heißt es dort: „Eine

öffentliche Ausschreibung der Stelle des Geschäftsführers wollen wir derzeit nur durchführen, wenn dies explizit gewünscht ist. Wir favorisieren eine interne Um- oder Neubesetzung mit Herrn Stollberg.“ Die Stelle sollte bei einer 25-Stunden Woche mit 25 000 Euro im Jahr vergütet werden. Im Gegenzug könne die Stadt 14 000 Euro jährlich einsparen, weil der Geschäftsführer Aufgaben erledige, die jetzt die Stadtverwaltung realisiere.

Höhere Elternbeiträge drohen

Alternativ wurde die Einstellung eines Geschäftsführers auf Honorarbasis vorgeschlagen. Auch hier wurden 25 000 Euro jährlich ange setzt. Die Leitung des Kindervereins mit 300 Betreuungsplätzen und mehr als 30 Mitarbeitern könne dauerhaft nicht mehr ehrenamtlich erfolgen, so die Begründung. Der Stadtrat lehnte dies nun erneut

mit großer Mehrheit ab. Bürgermeisterin Anita Maaß (FDP) spricht von einer Grundsatzentscheidung. „Der Verein bekam die Trägerschaft für die Kindertagesstätte auch deshalb, weil viele Dinge ehrenamtlich erledigt werden“, sagt sie. Bestimmte Aufgaben wie sämtliche Bausachen hat inzwischen die Stadt übernommen. Dies hatte zuvor die frühere Vorsitzende Ruth Schneider ebenfalls noch ehrenamtlich mit erledigt. „An der Arbeit des Kindervereins hat sich seit Dezember nichts geändert, was die Stelle eines hauptamtlichen Geschäftsführers rechtfertigen würde“, so Anita Maaß. Dadurch entstehende höhere Kosten würden schließlich auch dazu führen, dass sich die Elternbeiträge erhöhten.

Die Entscheidung des Stadtrates wirke sich nicht auf die Kinder aus betont sie. Die Arbeit der Erzieherinnen wird ebenfalls nicht beeinflusst.

Jürgen Müller